

## Wir finanzieren nicht den Neubau!

### 2. Verhandlungstermin am 3. Februar 2010 ohne nennenswerte Annäherung

Am **3.2.2010** verhandelte zum zweiten Mal die ver.di Verhandlungskommission mit dem Klinikvorstand der UMG, ohne eine nennenswerte Annäherung zu erreichen.

Zur Erinnerung: Der UMG Vorstand hat ver.di im September zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Die Verhandlungen begannen mit einer Drohung des Vorstandes: Entweder stimmt ver.di der massiven Absenkung der unteren Entgeltgruppen (2-4) und/oder dem Pausieren der VbL zu. Andernfalls drohte Finanzvorstand Barbara Schulte weitere Ausgründungen und sogar die Privatisierung mehrerer Bereiche an. Über 700 Kolleginnen und Kollegen, so Schulte, wären dann von Lohnabsenkung oder sogar Verlust des Arbeitsplatzes betroffen.

Mit Ausgründungen und Privatisierung kann der Vorstand jederzeit beginnen. Für die Absenkungen der VbL braucht er jedoch die Zustimmung der Gewerkschaft.

Die von den verdi-KollegInnen gewählte Tarifkommission (TK) hat daraufhin beraten, ob sie in Verhandlungen eintritt. Da sie die Privatisierungsdrohung für realistisch einschätzt, mit all ihren schwerwiegenden Konsequenzen für die betroffenen KollegInnen, entschied sich die TK am 16.11.2009, in Verhandlungen einzusteigen. Allerdings ist klar: falls wir uns auf eine Absenkung einlassen sollten, dann muss der Vorstand zusichern, nicht doch noch zu privatisieren oder weiter auszugründen. Deshalb stellte die TK eigene Forderungen auf.

**Eine Belegschaft – Ein Tarif! | Keine weiteren Ausgründungen!**  
**Rückführung aller GmbHs! | Offenlegung der Zahlen!**  
**Verhandlungen für alle! | Keine betriebsbedingten Kündigungen!**

Zudem beschloss die Tarifkommission ausdrücklich, dass sie einer Absenkung der unteren Entgeltgruppen nicht zustimmen wird, denn das wäre sozial ungerecht. Und die ver.di Tarifkommission verhandelt auch nicht, damit Frau Schulte ihre Neubauten finanzieren kann, wie sie auf ihrer Beschäftigtenversammlung im Januar behauptete. Hier sind das Land Niedersachsen und die Universität in der Pflicht.

**ver.di verhandelt dafür, dass bei der UMG für alle Beschäftigten ein und derselbe Tarifvertrag gilt, d.h. weder ausgegründet oder privatisiert wird - noch die untersten Lohngruppen weiter abgesenkt werden!**

#### Zu unseren Forderungen gibt es aus unserer Sicht jetzt folgendes Zwischenergebnis:

Für die Laufzeit eines möglichen Tarifvertrages kann sich der Vorstand vorstellen folgendes verbindlich auszuschießen:

- a. Maßnahmen, die einen Betriebsübergang nach § 613a BGB darstellen (Ausgründung)
- b. Aufgaben auf Dritte zu übertragen, die von der UMG wahrgenommen werden (Privatisierung)
- c. zukünftig *neue* Aufgaben nur dann durch Dritte wahrnehmen zu lassen, wenn dadurch keine negativen Auswirkungen auf vorhanden Beschäftigte entstehen

Zu unserer Forderung „Rückführung aller GmbHs“ beharrt der Vorstand auf seiner Ausgangsposition: **Frau Schulte will alle schon gegründeten GmbH's erhalten** und –entgegen anderslautenden Überlegungen am 1. Verhandlungstermin- sogar den faktischen Betriebsübergang in der Gastronomie durch Überleitung der dortigen Beschäftigten vollenden! **Dies ist für die ver.di TK inakzeptabel!**

**Die Verhandlungen werden am 8. März 2010 fortgesetzt.**



**ORGANISIEREN - MITDISKUTIEREN – MITENTSCHEIDEN**

**Nur wenn wir uns gut organisieren, werden wir als ver.di in dieser Tarifaueinandersetzung erfolgreich sein!**

## Was bedeutet „Pausieren“ der VBL?

Der Altersversorgungstarifvertrag (ATV) regelt die zusätzliche betriebliche Altersversorgung im öffentlichen Dienst. Viele Arbeitgeber erfüllen diese Ansprüche über die VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder), so auch die Universitätsklinik Göttingen. Jeder Beschäftigte erhält einmal jährlich einen Versicherungsnachweis von der VBL über die dort

<b>Versorgungspunkte</b>	<b>98,36 VP</b>
<b>Anwartschaft auf eine monatliche Betriebsrente wegen Alters</b>	<b>393,44 Euro</b>
Ein Versorgungspunkt wird mit 4 Euro (Messbetrag) berücksichtigt.	

inzwischen erreichte Betriebsrente. Die Mitteilung für 2008 ist bei vielen im Januar 2010 eingetroffen. Jedes Beschäftigungsjahr erhöht diese Betriebsrente. Um welchen Betrag kann man auch dieser Mitteilung entnehmen. Grundlage für diese Erhöhung ist das individuelle Gehalt, welches mit einem Altersfaktor multipliziert wird und sogenannte Versorgungspunkte ergibt (VP). Diese

Art <sup>1</sup>	Konto-Nr. <sup>2</sup>	Versicherungszeitraum	maßgebendes Entgelt <sup>12</sup> bzw. Bonuspunktebe- rechnung <sup>13</sup>	Referenz- entgelt <sup>14</sup>	Altersfaktor (Lebensalter) <sup>14</sup>	Erhöhungsfaktor <sup>15</sup>	Versorgungspunkte <sup>14</sup>
VN		bis 2007					95,13
BP		für 2007	95,13 x 0,0025			=	0,24
JM	541186	01.01.-31.12.2008	35.842,44 : 12 : 1.000 x 1,00 (54)			=	2,99
Summe der Versorgungspunkte zum 31.12.2008							98,36

Versorgungspunkte werden den schon in den Vorjahren erworbenen Versorgungspunkten hinzugezählt. Jeder Versorgungspunkt ent-

spricht 4€ monatlicher VBL-Betriebsrente. In dem hier abgebildeten Beispiel sind im Jahr 2008 also 2,99 Versorgungspunkte hinzugekommen, das entspricht 11,96 € mehr monatliche VBL-Rente. Zur Finanzierung dieser Betriebsrente zahlen Arbeitgeber eine Umlage in Höhe von 6,45 % und die Arbeitnehmer von 1,41 % des Bruttogehalts .

Der Alterssicherungstarifvertrag enthält die Möglichkeit, dass bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten diese Umlage für bis zu drei Jahren halbiert werden kann, mit der Folge, dass in dieser Zeit auch nur die die Hälfte der sonst möglichen Versorgungspunkte hinzukommen. (In unserem Beispiel wären das statt für 3 Jahre je 3 VP

Art <sup>1</sup>	Konto-Nr. <sup>2</sup>	Versicherungszeitraum	AG <sup>3</sup>	Mo <sup>4</sup>	Ei <sup>5</sup>	VM <sup>6</sup>	SM <sup>7</sup>	gemeldetes Entgelt <sup>8</sup>	Aufwendungen <sup>9</sup> Arbeitgeber	Arbeitnehmer	Ki <sup>10</sup>	AV <sup>11</sup>
JM	541186	01.01.-31.12.2008		12	01	10	01	35.842,44	636,00			
					01	10	10		1.675,88	505,38		

nur je 1,5 VP, was zusammengerechnet über 3 Jahre eine Steigerung der VBL Rente nur um rund 18 € monatlich, statt der ohne Absenkung sonst möglichen 36 € ). Für die Beschäftigten ist in dieser Zeit ein geringerer Umlagebetrag zu versteuern und damit ergibt, je nach individueller Steuerklasse, ein etwas höheres monatliche Netto. Das gleicht die Verluste bei der VBL aber nicht voll aus.

**Wenn nun die Beschäftigten der UMG einem derartigen Verzicht zustimmen sollen, müssen sie vom Vorstand dafür auch etwas geboten bekommen. Ver.di fordert hierzu einen Verzicht auf Ausgründung und Rückführung der bisher schon gegründeten GmbH's sowie den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen.**

**Damit sich möglichst ALLE Beschäftigten eine fundierte Meinung bilden können, müssen sie TARIF INFORMATIONEN erhalten und die bekommen sie am besten von Gewerkschaftern und den KollegInnen der ver.di-Tarifkommission auf einer PERSONALVERSAMMLUNG.**

**darum:**

**PERSONALVERSAMMLUNG – JETZT!!!**